Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 3. Juni bis 13. September 2023[45]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
6. September 2023	EZB	Gesamtwirtschaftlicher Klimastresstest der EZB Die EZB veröffentlichte die Ergebnisse ihres zweiten gesamtwirtschaftlichen Klimastresstests. Daraus ging hervor, dass sich eine treibhausgasneutrale Wirtschaft für die Unternehmen, privaten Haushalte und Banken im Euroraum am besten erzielen lässt, wenn die grüne Transformation schneller vorangetrieben wird als aktuell von der Politik vorgesehen. Ein Vorziehen von Klimaschutzinvestitionen würde die mittelfristigen Kosten und Risiken für private Haushalte und Unternehmen deutlich verringern.
22. August 2023	EK	Makrofinanzhilfe (MFA Plus) für die Ukraine: Auszahlung weiterer Tranchen Die EK zahlte am 22. Juni 2023, am 25. Juli 2023 sowie am 22. August 2023 weitere Tranchen, jeweils in Höhe von 1,5 Mrd EUR, im Rahmen des MFA Plus Paket aus, welches sich für 2023 auf insgesamt bis zu 18 Mrd EUR beläuft.
18. Juli 2023	EZB	Dimitar Radew als Gouverneur der bulgarischen Nationalbank wiedergewählt Der Gouverneur der bulgarischen Nationalbank, Dimitar Radew, wurde vom Parlament in Sofia für weitere sechs Jahre in seinem Amt bestätigt.
14. Juli 2023	ECOFIN Rat	EU-Unterstützung für die Ukraine Der Rat führte einen Gedankenaustausch über die finanzielle Unterstützung für die Ukraine im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des langfristigen EU-Haushalts (MFR) und den damit verbundenen EK-Vorschlag zur Einrichtung einer Ukraine-Fazilität. Mit der Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens und dem Vorschlag für eine Verordnung über die Ukraine-Fazilität wird eine Finanzierung in Höhe von 50 Mrd EUR für den Zeitraum 2024 bis 2027 vorgesehen, um den unmittelbaren Bedarf der Ukraine zu decken und zur Erholung, zum mittelfristigen Wiederaufbau und zur

[45] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer-Kocsi, Alexandra Bernhard (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		Modernisierung der Ukraine beizutragen, die eng mit ihrem Weg in die EU verknüpft sind.
10. Juli 2023	Rat	Nordmazedonien: Rat beschließt Unterstützung in Höhe von 100 Mio EUR Die Hilfe wird zur Unterstützung der wirtschaftlichen Stabilisierung Nordmazedoniens und seiner umfassenden Reformagenda beitragen. Die Finanzhilfe wird in voller Höhe in Form von Darlehen gewährt und in zwei Tranchen ausbezahlt. Die Makrofinanzhilfe (MFA) begleitet ein 24-monatiges Hilfsprogramm *(Precautionary and Liquidity Line)* des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von maximal 530 Mio EUR (407 Mio SZR), das im November 2022 abgeschlossen wurde. Die MFA der EU wird dazu beitragen, den vom IWF ermittelten Finanzierungsbedarf Nordmazedoniens in den Jahren 2023 und 2024 zu decken.
5. Juli 2023	EK	Veröffentlichung des Berichts über die Rechtsstaatlichkeit 2023 Die EK veröffentlichte ihren vierten jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit, in welchem die Lage der Rechtsstaatlichkeit in den einzelnen Mitgliedstaaten untersucht wurde. Der Bericht umfasst eine Mitteilung über die Lage in der EU insgesamt, sowie 27 Länderkapitel, in denen auf die wichtigsten Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedstaaten seit Juli 2022 eingegangen wurde. Während in einigen EU-Mitgliedstaaten nach wie vor Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit bestehen, ist der Bericht zu einer wichtigen Triebkraft für Veränderungen und positive Reformen geworden. Faktisch wurde 65 % der letztjährigen Empfehlungen ganz oder teilweise nachgekommen. Die EK fordert die Mitgliedstaaten auf, den in dem Bericht ermittelten Herausforderungen wirksam zu begegnen, und ist bereit, die Mitgliedstaaten bei der fortgesetzten Umsetzung der Empfehlungen zu unterstützen.
1. Juli 2023	Rat	Spanien übernimmt den EU-Ratsvorsitz Spanien übernahm zum fünften Mal den EU-Ratsvorsitz für die kommenden sechs Monate von Schweden. Die spanische Präsidentschaft bildet somit den Auftakt der neuen Triopräsidentschaft gemeinsam mit Belgien und Ungarn, die in der ersten bzw. zweiten Hälfte des Jahres 2024 den EU-Ratsvorsitz übernehmen werden und steht unter dem Motto „Europe, closer“. Schwerpunkte des spanischen EU-Ratsvorsitz den ECOFIN-Rat betreffend sind die Reform der wirtschaftspolitischen Governance, die Halbzeitüberprüfung des MFR (auch in Hinblick auf die Unterstützung der Ukraine) und die Schaffung neuer Eigenmittel für den EU-Haushalt. Weiters nennt das Arbeitsprogramm im Finanzdienstleistungsbereich die Arbeiten an der Verbesserung des Krisenmanagements sowie am Aufsichts- und Abwicklungsrahmen im Bankenbereich, die Verwirklichung der Kapitalmarktunion, den digitalen Euro, das Anti-Geldwäschepaket und „sustainable finance“.

		Unter Verweis auf die Unsicherheiten in der internationalen Wirtschaft möchte der spanische EU-Ratsvorsitz die Arbeiten an einem neuen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmen zur Förderung strategischer Autonomie und des grünen und digitalen Wandels weiterführen.
28. Juni 2023	EK/EZB	EK-Legislativvorschläge zu Euro-Bargeld und den digitalen Euro Die EK veröffentlichte zwei Gesetzgebungsvorschläge. Dabei handelt es sich um einen Legislativvorschlag über Euro-Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel. Dieser soll die Rolle des Bargelds wahren und sicherstellen, dass es als Zahlungsmittel weithin akzeptiert wird und für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen im gesamten Euro-Währungsgebiet leicht zugänglich bleibt. Der zweite Legislativvorschlag betrifft die Schaffung eines Rechtsrahmens für einen möglichen digitalen Euro als Ergänzung zu Euro-Banknoten und -Münzen. Mit diesem Vorschlag soll sichergestellt werden, dass Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen – ergänzend zu den bereits bestehenden Angeboten privater Unternehmen – eine zusätzliche Option haben, durch die sie mit einer weithin akzeptierten, kostengünstigen, sicheren und widerstandsfähigen Form öffentlichen Geldes im Euro-Währungsgebiet digital bezahlen können.
21. Juni 2023	EZB	Internationale Verwendung des Euro im Jahr 2022 krisenfest Der Euro behauptete sich als weltweit am zweithäufigsten genutzte Währung in einem Umfeld geopolitischer Risiken und hoher Inflation. Der Anteil des Euro lag – gemessen an verschiedenen Indikatoren zur internationalen Verwendung von Währungen – bei rund 20 Prozent. Dies ist eine der wesentlichen Erkenntnisse des von der EZB veröffentlichten jährlichen Berichts über die internationale Rolle des Euro.
13. Juni 2023	EK	Kommission schlägt Paket für nachhaltige Finanzen vor Die EK legte ein neues Maßnahmenpaket vor, das auf dem EU-Rahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen aufbaut und diesen stärkt. Insbesondere nahm die EK zusätzliche Tätigkeiten in die EU-Taxonomie auf und schlug neue Vorschriften für Anbieter von Umwelt-, Sozial- und Governance-Ratings (ESG-Ratings) vor, die die Transparenz auf dem Markt für nachhaltige Investitionen erhöhen werden. Die Rechtsakte zur EU-Taxonomie werden dem EP und dem Rat zur Prüfung übermittelt und sind voraussichtlich ab Januar 2024 anwendbar.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

23. August 2023	IWF	Argentinien: Abschluss der kombinierten fünften und sechsten Überprüfung der Erweiterten Kreditvereinbarung im Rahmen der Erweiterten Fondsfazilität (EFF)

		Diese Entscheidung des IWF -Exekutivdirektoriums ermöglicht eine sofortige Auszahlung von rund 7,5 Mrd USD (5,5 Mrd SZR), womit sich die Gesamtauszahlungen im Rahmen der Vereinbarung auf rund 36 Mrd USD erhöhen. Die nächste Überprüfung ist für November 2023 vorgesehen.
25. Juli 2023	IWF	Veröffentlichung des World Economic Outlook (Update) Aus Sicht des IWF erwies sich trotz des schwierigen Umfelds die Wirtschaftstätigkeit im ersten Quartal 2023 als widerstandsfähig, und die Arbeitsmärkte waren überraschend stark. Die Energie- und Lebensmittelpreise sind gegenüber ihren kriegsbedingten Höchstständen stark gesunken, so dass der globale Inflationsdruck schneller als erwartet nachgelassen hat. Dennoch bestehen weiterhin viele Herausforderungen. Dem IWF zufolge wird sich das Wachstum der Weltwirtschaft von 3,5% vom Jahr 2022 auf jeweils 3% in diesem Jahr und im Jahr 2024 verlangsamen. Die globale Inflation wird voraussichtlich von 8,7 % im Jahr 2022 auf 6,8 % in diesem Jahr (eine Abwärtskorrektur um 0,2 Prozentpunkte) und 5,2 % im Jahr 2024 sinken. Die Abschwächung konzentriert sich auf die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, wo das Wachstum von 2,7 % im Jahr 2022 auf 1,5 Prozent in diesem Jahr zurückgehen und mit 1,4 % im nächsten Jahr gedämpft bleiben wird. Der Euroraum, der noch immer unter dem kriegsbedingten drastischen Anstieg der Gaspreise im vergangenen Jahr leidet, wird sich deutlich abschwächen.
30. Juni 2023	IWF	Verlängerung der vorübergehend höheren kumulativen Zugangsgrenzen unter den Notfalls-Fazilitäten des IWF bis Ende Juni 2024 sowie Verlängerung des Fensters für Nahrungsmittelschocks bis Ende März 2024 Das IWF Exekutivdirektorium genehmigte die Verlängerung der vorübergehend erhöhten Zugangsgrenzen *(access limits)* für Notfalls-Fazilitäten *(Rapid Credit Facility RCF; Rapid Financing Instrument RFI)* sowie die Verlängerung des *Food Shock Window* für weitere sechs Monate. Mit diesen beiden Entscheidungen wird der IWF weiterhin in der Lage sein, Mitgliedsländer zu unterstützen, die in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld und einem anhaltenden globalen Nahrungsmittelschock mit dringenden Zahlungsbilanzproblemen konfrontiert sind.
29. Juni 2023	IWF	Ukraine: Abschluss der ersten Überprüfung im Rahmen der Erweiterten Fondsfazilität (EFF) Nach Abschluss der Überprüfung gestattete das IWF-Exekutivdirektorium den Behörden, den Gegenwert von rund 890 Mio USD (663,9 Mio SZR) abzurufen, der für die Budgethilfe verwendet werden soll. Die EFF wurde vom IWF-Exekutivdirektorium im März 2023 genehmigt.